

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 86. und 87. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 22. August und Freitag, dem 23. August 2019

1. Abgeordnete

**Kathrin Anklam-Trapp
und Sven Teuber (SPD)**

Cyberangriff auf Krankenhäuser

Mitte Juli 2019 kam es laut Presseberichten zu einem Hackerangriff auf rheinland-pfälzische Krankenhäuser. Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler hat als Reaktion auf den Vorfall in der vergangenen Woche zu einem Runden Tisch eingeladen, um mit allen Beteiligten über die Folgen aus dem Cyberangriff zu beraten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Cyberangriff auf rheinland-pfälzische Krankenhäuser und weitere Einrichtungen vom Juli 2019 vor dem Hintergrund von Patientenschutz und Patientensicherheit?
2. Welche Zielsetzung hatte der „Runde Tisch IT-Sicherheit“, zu dem das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in der vergangenen Woche eingeladen hat und welches weitere Vorgehen strebt das Ministerium an?
3. Welches sind erste konkrete Ergebnisse des Runden Tisches?

2. Abgeordnete

**Dirk Herber und
Gordon Schnieder (CDU)**

Tätigkeiten des Vereins „Uniter“ in Rheinland-Pfalz

Nach aktuellen Recherchen unterschiedlicher Medien sollen autoritäre Nationalisten, Rechtsextreme und Prepper seit einiger Zeit versuchen, bei Polizei und Bundeswehr Fuß zu fassen. Diese seien im Verein „Uniter“ organisiert. Dem Verein sollen ca. 2 000 aktive und ehemalige Angehörige von Spezialeinheiten des Heeres, der Polizei und Mitarbeiter anderer Sicherheitsbehörden angehören. Verschiedene Printmedien berichten über mögliche Verbindungen des Vereins „Uniter“ zum Rechtsextremismus. Der Verein weist die Vorwürfe zurück.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis über Aktivitäten des Vereins „Uniter“ in Rheinland-Pfalz?
2. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob Mitglieder des Vereins „Uniter“ bei rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden (Polizei und Verfassungsschutz) beschäftigt waren oder sind?
3. Teilt die Landesregierung die Einschätzung diverser Medien, wonach der Verein „Uniter“ rechtsextrem sein soll?
4. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Aktivitäten des Vereins „Uniter“ einzuschränken bzw. um eine Ausbreitung in Rheinland-Pfalz zu verhindern?

Die Mündliche Anfrage Nr. 8 ist fristgerecht für die 87. Plenarsitzung am 23. August 2019 eingegangen.

3. Abgeordnete**Iris Nieland und
Dr. Timo Böhme (AfD)****Anstieg der Preise für baureifes Land**

Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamts vom 13. August 2019 sind die Kaufwerte für baureifes Land im Jahr 2018 auf durchschnittlich 132 Euro pro Quadratmeter angestiegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche grundsätzlichen geografischen Unterschiede sind bei der Entwicklung der Kaufwerte für baureifes Land zu erkennen?
2. Wie ist die Relation zwischen der Preisentwicklung von Bauland im Allgemeinen, baureifem Land und den Angebotspreisen für Eigentumswohnungen, Ein- und Zweifamilienhäusern?
3. Welcher Anteil der Kostensteigerungen bei Neubauten ist auf die Preisentwicklung im Bereich des Baulands, auf die Preisentwicklung der Baukosten und sonstige Einflüsse zurückzuführen?
4. Welcher Anteil des baureifen Landes wird im Durchschnitt pro Jahr auch tatsächlich bebaut?

4. Abgeordnete**Thomas Roth und
Cornelia Willius-Senzer
(FDP)****Kooperationsvereinbarung zwischen Justizministerium und Arbeitsagentur**

Der Presse war zu entnehmen, dass die Landesregierung mit der Bundesagentur für Arbeit am 7. August 2019 eine Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Eingliederung von Gefangenen des rheinland-pfälzischen Justizvollzugs in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt geschlossen hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Vorteile verspricht sich die Landesregierung von einer solchen Kooperationsvereinbarung?
2. Wird damit gerechnet, dass eine verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt die Zahl von Rückfällen in erneute Straffälligkeit reduzieren kann?
3. Welche konkreten und praktischen Umsetzungsschritte plant die Landesregierung?

5. Abgeordnete**Andreas Hartenfels,
Jutta Blatzheim-Roegler
und Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Grundwasserschutz in Rheinland-Pfalz**

Der Schutz und die Sicherung unseres Grundwassers ist eine der zentralen Aufgaben der Landesregierung. Sowohl die Trinkwasserversorgung als auch die Landwirtschaft ist von der hohen Qualität und Verfügbarkeit der wertvollen Ressource Wasser abhängig. Umso erschreckender sind die Rückgänge der Grundwasserneubildung (Drucksache 17/9651) sowie die Medienberichte über hohe Nitrat- und Pestizidmesswerte in manchen Grundwasserkörpern. Die Nährstoff- und Pestizidkonzentrationen der Grundwasserkörper könnten zukünftig in niederschlagsarmen Regionen in Rheinland-Pfalz, wie beispielsweise Rheinhessen, aufgrund der höheren Wahrscheinlichkeit von Dürreperioden im Zuge der Klimaerhitzung steigen. Auch der aktuelle Sonderbericht vom 8. August 2019 des Weltklimarats (IPCC) zur weltweiten Landnutzung zeigt, dass die Landwirtschaft einen großen Einfluss auf die Verfügbarkeit und die Qualität des Grundwassers ausübt und eine Anpassung der Bewirtschaftung aufgrund der anhaltenden Klimaerhitzung nötig sein wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Grundwasserkörper in Rheinland-Pfalz sind aufgrund der geringen Grundwasserneubildungsrate besonders sensibel auf Einträge von Nährstoffen (wie z. B. Stickstoff oder Phosphor) bzw. Pestiziden?
2. Wie bewertet die Landesregierung die möglichen Auswirkungen von Dürreperioden auf die Grundwasserkörper im Land bzw. auf die Nährstoffkonzentrationen in den Grundwasserkörpern?
3. Welche möglichen Maßnahmen in der Landwirtschaft könnten, aus Sicht der Landesregierung, zum Schutz unserer Grundwasserkörper in Rheinland-Pfalz beitragen?
4. Welche konkreten Maßnahmen bzw. Programme setzt die Landesregierung zum Schutz des Grundwassers vor Nährstoff- und Pestizideinträgen um bzw. plant die Landesregierung umzusetzen?

**6. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Dr. Helmut Martin (CDU)**

Überproportional starkem Rückgang von Sozialwohnungen nicht weiter taten- und ideenlos zusehen – Investitionen jetzt!

In Rheinland-Pfalz sank der Bestand an Sozialwohnungen im vergangenen Jahr überproportional stark um 4 797 auf nunmehr 52 568 Sozialwohnungen. Einen stärkeren Rückgang verzeichneten nur die Bundesländer Brandenburg, Niedersachsen und Hessen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum hat die Landesregierung dem überproportional starken Rückgang von Sozialwohnungen in Rheinland-Pfalz nicht durch geeignete Maßnahmen frühzeitig entgegen-gesteuert?
2. Präferiert die Landesregierung bei der sozialen Wohnraumförderung die Subjekt- oder die Objektförderung?
3. Hält die Landesregierung die Förderung von Genossenschaften für eine sinnvolle Alternative, um die angespannte Lage bei den dringend benötigten Sozialwohnungen abzumildern und wenn ja, wie?

**7. Abgeordnete
Dr. Anna Köbberling und
Benedikt Oster (SPD)**

Was folgt nach gescheiterten Maut-Plänen

Nach dem katastrophalen Scheitern der Pkw-Maut-Plänen der Bundesverkehrsminister Dobrindt und Scheuer (beide CSU), befinden sich nun Alternativen in der Diskussion. Jüngstes Beispiel ist die Forderung der Gemeindetage Baden-Württembergs und Bayerns (Berichterstattung am 14. August 2019) nach einer flächendeckenden Straßennutzungsgebühr. Die Forderung nach der Einführung einer solchen Maut geht dabei mit der Erwartung einher, auf diese Weise einer Verlagerung von Verkehren auf Landes- und Kommunalstraßen zu entgegenen und auch darüber hinaus Steuerungswirkung zu entfalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung grundsätzlich das Scheitern der bisherigen Mautpläne infolge des Urteils des EuGH ein?
2. Wie beurteilt die Landesregierung das grundsätzliche Wiederaufleben der Debatte um eine Pkw-Maut, insbesondere im Hinblick auf die Grenzverkehre von Rheinland-Pfalz?
3. Wie schätzt die Landesregierung mögliche Effekte einer flächendeckenden Pkw-Maut auf Verkehrsflüsse auf Landes- und Kommunalstraßen ein?
4. Welche möglichen Auswirkungen sieht die Landesregierung mit Blick auf die Pendlerinnen und Pendler in der Grenzregion?

**8. Abgeordneter
Matthias Joa (AfD)**

Heimatreisen von Asylmigranten

Ausländern, die aufgrund von Flucht vor Verfolgung oder Vertreibung aus ihrer Heimat Schutz in Deutschland genießen, ist es nicht gestattet, ungenehmigt in ihre Herkunftsländer zu reisen, um dort etwa Familienangehörige zu besuchen oder sogar Urlaub zu machen.

Erlangt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, beispielsweise durch Meldung der Ausländerbehörde, Kenntnis von einer solchen Heimatreise, kann es ein Widerrufsverfahren zur Aberkennung des erteilten Schutzstatus einleiten, weil anzunehmen ist, dass die ursprünglichen Fluchtgründe inzwischen weggefallen sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis von ungenehmigten Heimatreisen Asylsuchender im Zeitraum 2018 bis 2019, wenn ja, in wie vielen Fällen?
2. Haben die kommunalen Ausländerbehörden diese Fälle ausnahmslos dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemeldet, wenn nein, warum nicht?
3. Haben ungenehmigte Heimatreisen aufenthalts-, ausländer- oder asylrechtliche Konsequenzen für die Reisenden nach sich gezogen?
4. Unter welchen Voraussetzungen und Zuständigkeiten kann Asylsuchenden eine Sondergenehmigung für eine Heimatreise erteilt?

9. Abgeordnete
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)

Start des Förderprogramms EULLa

Im Sommer 2019 ist das Förderprogramm EULLa gestartet. Mit diesem Programm werden gezielt landwirtschaftliche Betriebe gefördert, die freiwillig einen zusätzlichen Beitrag für die Ökologie und Nachhaltigkeit erbringen und nach umweltschonenden Kriterien arbeiten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche freiwilligen Maßnahmen werden im Rahmen des Förderprogramms aufgegriffen?
2. Wie viele Fördermittel stellt das Land Rheinland-Pfalz für die Maßnahmen bereit?
3. Wie viel Hektar bzw. wie viel Prozent der gesamten Landesfläche werden derzeit in Rheinland-Pfalz nach umweltschonenden Kriterien bewirtschaftet?

10. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler,
Andreas Hartenfels und
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abriss des AKW Mülheim-Kärlich – vereintes Bürgerengagement ebnete den Weg in eine atomfreie Zukunft

Am 9. August 2019 wurde der Kühlturm des AKW Mülheim-Kärlich erfolgreich und kontrolliert zum Einsturz gebracht. Das AKW Mülheim-Kärlich ist das bislang größte seiner Art in Deutschland, das zurückgebaut wird. Im Jahr 2002 begann die Entfernung von Uranbrennstäben aus dem Reaktorblock, bis zum Jahr 2025 soll der Rückbau vollständig abgeschlossen sein. Wegen eines fehlerhaften Baugenehmigungsverfahrens war der kommerzielle Leistungsbetrieb des AKW schon nach 13 Monaten einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 9. September 1988 folgend abgeschaltet worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch sind bereits die Kosten, die für das Land Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit dem AKW Mülheim-Kärlich entstanden sind?
2. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Folgekosten für den Rückbau, die Entsorgung und die Lagerung der radioaktiven Abfälle ein?
3. Wie ist die Aufteilung der Kosten nach Kenntnissen der Landesregierung zwischen der Betreiberin RWE und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern?
4. In welcher Phase befindet sich aktuell die Standortauswahl für einen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle in Deutschland?

11. Abgeordnete
Dr. Peter Enders,
Dr. Christoph Gensch
und Hedi Thelen (CDU)

Vernachlässigung der Gesundheitsämter beim Thema Ärztemangel

Nach einer Pressemeldung des Gesundheitsministeriums hat Anfang Juli eine sog. „Kick-off-Sitzung“ einer Arbeitsgruppe zur Nachwuchssicherung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) stattgefunden. Tatsächlich ist die Landesregierung den längst feststellbaren und in der Zukunft erheblich wachsenden Problemen bei der Besetzung von Arztstellen im ÖGD bisher nicht entschlossen genug entgegengetreten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Problematik des Ärztemangels in den Gesundheitsämtern angesichts der absehbaren Entwicklung, wonach ausgehend von bereits jetzt 12 Prozent nicht besetzten Arztstellen in den nächsten zehn Jahren zwei Drittel der Amtsärztinnen und Amtsärzte altersbedingt ausscheiden werden?
2. Warum hat sich die Landesregierung erst jetzt entschlossen, Probleme des Nachwuchsmangels im Öffentlichen Gesundheitsdienst in der angekündigten Weise anzugehen, wo doch die Gesundheitsministerkonferenz bereits 2014 dringenden Handlungsbedarf gesehen hat?
3. Wie passt die Ablehnung einer Stipendienlösung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, etwa nach rheinland-pfälzischem Vorbild aus den 1970er Jahren oder dem aktuellen Vorbild anderer Bundesländer, zur Ankündigung, die nötige Nachwuchsgewinnung im ÖGD für die Zukunft gewährleisten zu wollen?
4. Wie passt die jetzt angekündigte „Vorabstudienquote“ für den ÖGD bei der Studienplatzvergabe an Bewerber mit besonderem Interesse am Öffentlichen Gesundheitswesen dazu, dass es die Landesregierung nach der Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion der CDU noch im Frühjahr abgelehnt hat, die Ausweitung des Konzepts einer Landarztquote auf den ÖGD bzw. die Schaffung einer Amtsarztquote vorzunehmen (Drucksachen 17/8407/8805, Frage 13)?

12. Abgeordnete
Sven Teuber und
Jens Guth (SPD)

Erfolgsmodell Mindestlohn

Vor fünf Jahren hat der Deutsche Bundestag erstmals einen flächendeckenden Mindestlohn beschlossen. Laut aktueller Presseberichterstattung (Handelsblatt vom 14. August 2019) hat der Chef der Mindestlohnkommission eine positive Bilanz gezogen. Der Mindestlohn habe seine wichtige Zielsetzung erreicht, gleichzeitig habe es keine negativen Beschäftigungseffekte gegeben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherigen Auswirkungen des Mindestlohns auf Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns im Hinblick auf die rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?
3. Sieht die Landesregierung die Festlegung des Mindestlohns durch die Mindestlohnkommission als sinnvoll an?

13. Abgeordnete
Steven Wink und
Marco Weber (FDP)

Umsetzung der Abladeoptimierung am Mittelrhein

Aktueller Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass die Bundesregierung angekündigt habe, die für die Umsetzung der Rheinvertiefung („Abladeoptimierung“) zwischen Mainz und St. Goar notwendigen Stellen bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ankündigung der Bundesregierung, die für die Umsetzung des Projekts notwendigen Stellen zu schaffen?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um eine schnellstmögliche Umsetzung der Abladeoptimierung erreichen zu können?
3. Wann rechnet die Landesregierung mit dem Beginn bzw. dem Abschluss der erforderlichen Baumaßnahmen?
4. Welchen ökologischen und wirtschaftlichen Mehrwert verspricht sich die Landesregierung von dem Projekt?

14. Abgeordnete
Gabriele Wieland (CDU)

Entwicklung der rheinland-pfälzischen Exporte im Juni 2019

Der Außenhandel hat einen großen Anteil am Wohlstand des Landes Rheinland-Pfalz. Laut einer Publikation des Statistischen Landesamtes exportiert die rheinland-pfälzische Wirtschaft mehr als die Hälfte ihrer Industrieproduktion.

Umso beunruhigender ist es, dass die gesamtdeutschen Exporte laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 9. August 2019 im Juni so stark sanken wie seit drei Jahren nicht mehr (minus 8,0 Prozent zum Vorjahr und minus 0,1 Prozent zum Vormonat). Diese Entwicklung gilt sowohl für Länder innerhalb (6,2 Prozent) als auch außerhalb (10,7 Prozent) der Europäischen Union.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Lassen die vorläufigen Werte für Rheinland-Pfalz eine vergleichbare Entwicklung erkennen?
2. Welche Vorkehrungen ergriff die Landesregierung im Zeitraum zwischen Juni 2018 und Juni 2019, um einen solchen Rückgang zu verhindern?
3. Welche neuen Maßnahmen plant die Landesregierung, um auf die veränderte Lage des Weltmarktes zu reagieren und die rheinland-pfälzischen Unternehmen dabei zu unterstützen?

15. Abgeordnete

**Bettina Brück,
Dr. Anna Köbberling
und Benedikt Oster (SPD)**

ÖPNV-Probleme im Rhein-Hunsrück-Kreis

In Teilen des Rhein-Hunsrück-Kreises, mit Schwerpunkt in der VG Kirchberg, kommt es zum Start des neuen ÖPNV-Konzepts Rheinland-Pfalz Nord am 1. August 2019 zu erheblichen Ausfällen. Grund der Ausfälle, so die mediale Berichterstattung, ist die Insolvenz der Bietergemeinschaft aus zwei Bus-Unternehmen, die sich gegen eine weitere Bietergemeinschaft durchgesetzt und den Zuschlag für die Bedienung der entsprechenden Strecken im Zuge einer europaweiten Ausschreibung erhalten hatte. Beide Unternehmen der betreffenden Bietergemeinschaft, VBN Nagoldtal GmbH und DeinBus GmbH, meldeten schon kurz vor bzw. nach dem Start des ÖPNV-Konzepts Insolvenz an.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation vor Ort?
2. Hätte die Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück, nach Kenntnisstand der Landesregierung, schon im Vorfeld Kenntnis von der wirtschaftlichen Schieflage der nun insolventen Vertragspartner haben können?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswahl der Vertragspartner durch die Kreisverwaltung?
4. Sind derartige Entwicklungen zum Start des ÖPNV-Konzepts an anderen Orten bekannt?

16. Abgeordneter

Alexander Licht (CDU)

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Kleingastronomien in Rheinland-Pfalz

Mit dem Gaststättenmodernisierungsprogramm hat der Freistaat Bayern eine aktuelle Initiative auf den Weg gebracht um seine Kleingastronomie zu unterstützen und zu fördern. Die Kleingastronomie ist auch in Rheinland-Pfalz ein tragender Pfeiler des rheinland-pfälzischen Lebensgefühls vor Ort sowie für den hiesigen Tourismus. Sogenannte Schankwirtschaften übernehmen oft eine besondere Aufgabe, indem sie einen zentralen Treffpunkt für das gesellschaftliche Zusammenleben in den Kommunen bilden.

Von Jahr zu Jahr sehen sich jedoch immer mehr Wirtshäuser in Rheinland-Pfalz dazu gezwungen, ihren Betrieb zu schließen. Das langsame aber stetige Aussterben des Wirtshauses ist, im Grundsatz, aber auch besonders im ländlichen Raum ein herber Verlust.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Programme mit welchen Mitteln stehen derzeit in Rheinland-Pfalz zum weiteren Erhalt bzw. zur Stützung der sogenannten Kleingastronomie zur Verfügung?
2. Welche Programme mit welchen Mitteln stehen nach Kenntnis der Landesregierung derzeit in anderen Bundesländern zum Erhalt der Kleingastronomie zur Verfügung?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung bzw. plant die Landesregierung, um Betriebsübergaben in der Gastronomie grundsätzlich in ihren Auflagen zu vereinfachen?
4. Welche Möglichkeit sieht die Landesregierung auch weiterhin, durch das Nutzen von Spielgeräten in der Kleingastronomie ein Grundeinkommen zu sichern?

17. Abgeordnete

**Michael Hüttner,
Nina Klinkel,
Johannes Kломann und
Benedikt Oster (SPD)**

Absenkung von Anflügen über Rheinhessen ab 2020

Nach aktueller Presseberichterstattung (Artikel „Im Süden droht mehr Fluglärm: Luftraum für Landungen soll abgesenkt werden“ in der Rheinzeitung vom 16. August 2019) plant die Deutsche Flugsicherung (DFS) ab 2020 eine Ausweitung des Luftraums für anfliegende Jets in der Region über dem östlichen Soonwald, dem Rheintal und der Stadt Bingen. Dies geht dann unter anderem mit einer Absenkung der Anflüge einher.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung

1. Wie beurteilt die Landesregierung diese jüngste Ankündigung der DFS im Detail?
2. Wie wird diese Planung der DFS nach Kenntnis der Landesregierung begründet?
3. Für wie gravierend hält die Landesregierung mögliche Auswirkungen der Maßnahme auf die in der Region lebenden Bürgerinnen und Bürger?
4. Welche Möglichkeit sieht die Landesregierung, hier ggf. zu intervenieren?